

Marktwirtschaft.

Zeichnung: Heiko Sakurai



Sie arbeiten noch. Aber was bewirken sie?

02 SOZIALE marktwirtschaft
Editorial von Michael Eilfort

03 Das bedingungslose Grundeinkommen
Ein Luftschloss statt kraftvoll-optimistischer
Zukunftsgestaltung

04 Wie erreichen wir mehr Integration und
Stabilität in Europa?
Tagung von Allianz SE und Stiftung Marktwirtschaft

05 Kronberger Kreis:
„Europa darf sich nicht abschotten“

06 „Wir brauchen eine Renaissance der
Wirtschaftspolitik“
Ralph Brinkhaus zu Gast in Kronberg

08 Lernen neu lernen? Bildung und Weiterbildung
in Zeiten digitalen Wandels
Veranstaltung mit Bildungsministerin Anja Karliczek

SOZIALE marktwirtschaft

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



Der soziale Frieden in Deutschland ist ein sehr hohes Gut und begründet ebenso wie mancher gesellschaftliche Wandel soziale Leistungen, die im Laufe der Jahre ausgebaut wurden und/oder neu dazu kamen. Die Steuerprogression als maßgeblicher Hebel der Umverteilung – die 10 Prozent Bestverdienenden tragen 55 Prozent des Einkommensteueraufkommens – ist und bleibt bei allem Korrekturbedarf („Mittelstandsbauch“ und zu frühes Einsetzen des Spitzensatzes!) im Grundsatz richtig.

Nicht richtig und auch nicht durchzuhalten ist indes der unaufhaltsame Anstieg des Anteils der Sozialausgaben am Bundeshaushalt. Gemäß Haushaltsentwurf 2020 wächst er in kurzer Zeit auf fast 53 Prozent, den durch neue „Segnungen“ noch gesteigerten Zuschuss in die Rentenversicherung eingeschlossen (2020 erstmals über 100 Milliarden Euro). In guter Zeit und ohne echte Not, von Wahlkampfbedürfnissen abgesehen, hat die Große Koalition die Sozialausgaben absolut wie relativ ausgebaut und dadurch Spielräume für zukünftiges Handeln drastisch eingeschränkt. Dabei hat sie auch Fehlanreize gesetzt: Zu oft rechnet sich Nicht-Leistung eher als sich Leistung lohnt.

Die Balance in der Sozialen Marktwirtschaft stimmt nicht mehr. Das Adjektiv ist ein Stück weit zum Hauptwort geworden, das Hauptwort wird zu oft klein geschrieben. Was dazu gehört, z.B. Wettbewerb, Freiheit und Eigenverantwortung, wird von vielen reflexartig abgelehnt und allenfalls als lästiges Beiwerk hingenommen. Öffentliche Debatten werden zu häufig von einer Sozial-Industrie dominiert, die im eigenen Interesse immer neue Betätigungsfelder und „Bedarfe“ ersinnt und sich mit den „Armutsbereichen“ ein Perpetuum mobile geschaffen hat: Da mögen die Löhne breitflächig und über Jahre so klettern wie zuletzt – das Medianeinkommen steigt damit auch und so finden sich in jedem Fall weiter „Bedürftige“ (darunter Studierende), die unter 60 Prozent dieses

mittleren Einkommens liegen und schnell und pauschal als „arm“ deklariert werden. Die Klage über „soziale Kälte“ in unserem so schrecklichen Land greifen dann viele zu gerne auf – und machen sich dabei so unglücklich wie die GroKo-Parteien, die den von ihnen selbst ins Uferlose gesteigerten Ansprüchen nicht mehr hinterherkommen. Zuletzt war die Europawahl ein Indiz dafür, dass zusätzliche Wohltaten weniger dankbare Stimmabgabe, als neue Forderungen und damit weitere Gerechtigkeitslücken provozieren. Ein Musterbeispiel ist die unselige Debatte um die Grundrente nach 35 „Beitragsjahren“ (nicht mit Einzahlungsjahren gleichzusetzen). Ganz abgesehen davon, dass diese Grundrente, mit und ohne Bedürftigkeitsprüfung, elementare Prinzipien unserer Wirtschafts- und Sozialordnung verletzt: Würde man den Unsinn beschließen, folgte sofort die Empörung derjenigen, die 34 „Beitragsjahre“ aufweisen, knapp an der neuen Großzügigkeit vorbeischrannen und am Ende nicht mehr haben als andere mit 24 oder 14 „Beitragsjahren“.

Es deutet sich an vielen Stellen an, dass mehr umfassende Fürsorge statt Vorsorge, mehr Ruhigstellung statt Aktivierung, mehr flächendeckende und zentral geregelte staatliche Absicherung statt subsidiärer Solidarität, mehr „unbürokratische“ automatische Beglückung statt Nothilfe im geprüften Einzelfall die Menschen nicht zufriedener macht. Über lange Jahre wurden Wohlstand und Sozialstaat immer selbstverständlicher, die Wachstumsraten in der Wirtschaft kleiner und bei den Sozialausgaben größer. Das kann nicht mehr lange gutgehen und wird, jenseits möglicher wirtschaftlicher Eintrübung oder absehbarer Bedrohungen beim Euro und der Außen- und Handelspolitik, schon von der Demographie auf den Prüfstand gestellt. Wir werden uns wieder mehr um das Erwirtschaften kümmern müssen. Und für eine Soziale Marktwirtschaft eintreten, in der Menschen in Not auf Hilfe zählen können, aber grundsätzlich erst einmal als zu Eigenverantwortung befähigte Bürger ernst genommen und nicht vornehmlich als Bedarfsempfänger und Bedürftige gesehen und zu Lasten Dritter (der Steuer- und Beitragszahler) von vermeintlichen Wohltätern „versorgt“ werden.

IMPRESSUM

Dr. Ann Zimmermann (V.i.S.d.P.)
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de
ISSN: 1612-9725

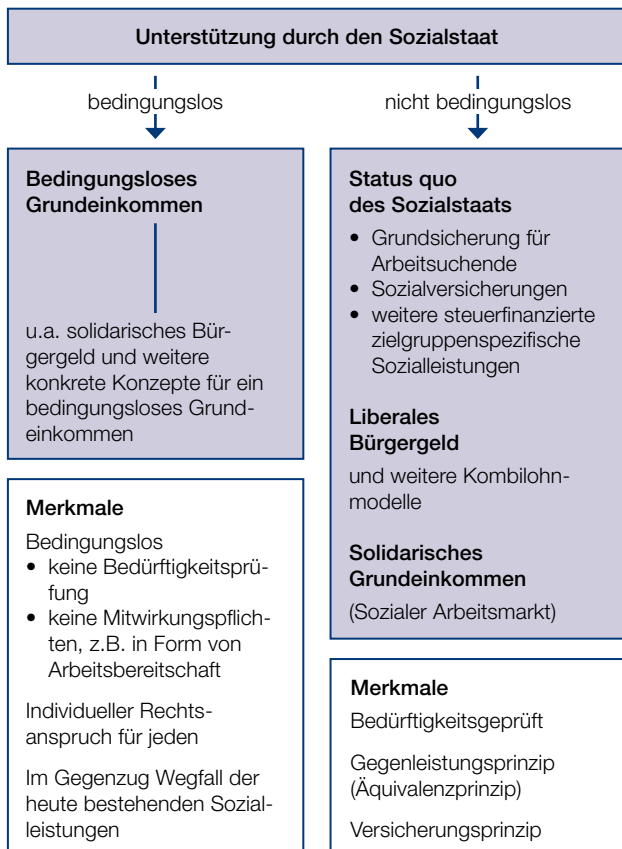
Fotos (wenn nicht anders angegeben): Kay Herschelmann

Das bedingungslose Grundeinkommen

Ein Luftschloss statt kraftvoll-optimistischer Zukunftsgestaltung

Es mutet widersinnig an: Nie ging es Deutschland ökonomisch besser als heute. Eine über Jahre robust wachsende Wirtschaft, sprudelnde Staatseinnahmen und Haushaltsüberschüsse sowie Rekordbeschäftigung – bis hin zu ersten Anzeichen eines zunehmenden Fachkräftemangels – prägen (noch) das Bild. Doch was machen große Teile der deutschen Politik? Sie führen eine rückwärtsgewandte „Reformdiskussion“ darüber, wie man Eckpfeiler des zurückliegenden Aufschwungs – u.a. die Hartz-Reformen – überwinden könnte, anstatt die Gunst der Stunde zu nutzen und Deutschland durch Investitionen, eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Fiskalpolitik oder wettbewerbsfördernde Reformen wirtschaftlich zukunftsfest zu machen und möglichst gut auf eventuell aufziehende ökonomische Schlechtwetterlagen vorzubereiten.

Einige der derzeit vorgeschlagenen Reformideen weisen dabei eine bedenkliche Nähe zum sogenannten bedingungslosen Grundeinkommen auf, sei es „nur“ in begrifflicher Hinsicht oder gar aufgrund zentraler Elemente, wie



Das bedingungslose Grundeinkommen – ein Luftschloss

Zeitthemen 02

Guido Raddatz

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)

ISSN Print: 2568-3551

ISSN Online: 2568-3578

beispielsweise der Abkehr vom sozialstaatlichen Grundprinzip der Bedürftigkeitsprüfung.

Unsere neue Publikation aus der Reihe „Zeitthemen“ zeigt jedoch, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht mehr als ein Luftschloss ist, dessen Umsetzung in der Realität zu massiven Verwerfungen führen würde – angefangen von der ungelösten Finanzierungsfrage über die Verletzung verbreiteter Gerechtigkeitsvorstellungen bis hin zur Erosion zentraler gesellschaftlicher Normen und Wertevorstellungen. Neben einer Darstellung des Grundkonzepts, der Argumente seiner Befürworter sowie zentraler Schwachpunkte zeichnet Studienautor Dr. Guido Raddatz u.a. den Diskussionsverlauf zum Grundeinkommen in Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten nach und setzt sich kritisch mit der Aussagekraft von Modellversuchen und Experimenten in der Praxis auseinander, wie sie jüngst beispielsweise in Finnland – international vielbeachtet – durchgeführt wurden.

Anstatt fatalistisch eine Stilllegungsprämie für einen nicht unerheblichen Teil der Erwerbsbevölkerung einzuführen, sollte aus Sicht der Stiftung Marktwirtschaft alles daran gesetzt werden, die Zukunft konstruktiv-optimistisch mitzugestalten – gerade in Zeiten von Digitalisierung, Automatisierung und Globalisierung. Nur dann hat die Maxime „Jeder Mensch ist wichtig und wird gebraucht“ auch in Zukunft Relevanz.



Die Studie (Zeitthemen 02) finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Wie erreichen wir mehr Integration und Stabilität in Europa?

Eine Tagung von Allianz SE und Stiftung Marktwirtschaft am 19. Februar 2019 in Berlin



Bruno Le Maire, Französischer Wirtschafts- und Finanzminister.

Foto: Dirk Hasskarl.

Die EU steht unter Druck: Die Finanz- und Schuldenkrise im Euroraum, ein gestiegener Migrationsdruck nach Europa, internationale Handelskonflikte, der demographische Wandel, der Klimawandel und die Digitalisierung benötigen gemeinschaftliche Lösungen, die die Stabilität der europäischen Gesellschaften und Volkswirtschaften stärken. Gleichzeitig stellt jedoch der bevorstehende Brexit erstmals die traditionelle Zielsetzung einer „ever closer union“ infrage, während sich eine tiefgehende Europaskepsis in Teilen der europäischen Bevölkerung zu verfestigen scheint.

Zudem werden in diesem Jahr mit dem neugewählten Europäischen Parlament sowie mit den Neubesetzungen der Europäischen Kommission, des EU-Ratspräsidenten und des Direktors der Europäischen Zentralbank wichtige Weichenstellungen vorgenommen, die für die kommenden Jahre die Politik in Europa entscheidend prägen werden. Eine Debatte über eine mögliche Neuausrichtung der europäischen Integrationsstrategie erscheint vor diesem

Hintergrund angebracht und dringend notwendig. Darum hat die Stiftung Marktwirtschaft gemeinsam mit der Allianz SE im Februar 2019 dazu eingeladen, mit hochkarätigen Referenten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft darüber zu diskutieren, wie mehr Stabilität und Integration in Europa erreicht werden können.

In seiner leidenschaftlichen Eröffnungsrede warnte der französische Wirtschafts- und Finanzminister, Bruno Le Maire, eindringlich: „Entweder wir entwickeln eine neue Europäische Union, die stärker und gemeinsamer agiert oder wir werden von der internationalen Bühne verschwinden.“ Zentrale Säulen für ein besseres Europa sieht Le Maire in der deutsch-französischen Kooperation, in einer Stärkung der Eurozone und insbesondere in einer gemeinsamen Industriestrategie. Mit seinem deutschen Amtskollegen, Peter Altmaier, habe er sich auf drei Schlüsselfaktoren für eine europäische Industriepolitik verständigt: die Einrichtung eines europäischen Investitionsfonds, eine Lockerung der EU-Wettbewerbsregeln und eine strengere Kontrolle ausländischer Investitionen. Europa müsse ein eigenes Wirtschaftsmodell anbieten, das den Unternehmen Chancengleichheit gewähre. Dann sei er für die Zukunft Europas zuversichtlich: „Wir schaffen das.“

In der anschließenden Podiumsdiskussion begrüßte Dr. Franziska Brantner MdB die deutsch-französische Initiative. Die Sprecherin für Europapolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen warnte aber vor leichtfertigen Änderungen am bestehenden EU-Wettbewerbsrecht und mahnte eine differenzierte Herangehensweise an, die es künftig erlauben müsse, kritische Infrastruktur in Europa besser zu schützen. Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Sprecher des Kronberger Kreises, hielt es hingegen für einen großen Fehler, europäische Champions industriepolitisch küren



Foto: Dirk Hasskarl.

zu wollen. Zielführender sei es, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu stärken, indem ihnen – wie in den USA – mehr Freiheiten und Möglichkeiten eingeräumt würden. Laut Prof. Dr. Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz SE, solle sich die deutsch-französische Initiative vor allem darauf konzentrieren, die europäischen Märkte weiter zu integrieren, um große und wettbewerbsstarke Unternehmen auf natürliche Weise entstehen zu lassen. Der Vorsitzende des Europaausschusses des Deutschen Bundestages, Gunther Krichbaum MdB, gab zu bedenken, dass hinter manchen Investitionen gezielte Länderinteressen stünden, die die internationalen Märkte zu ihren Gunsten beeinflussen wollten. Darum sei es nötig, den

europäischen Markt insbesondere in sicherheitsrelevanten Bereichen zu schützen. Peter Praet Ph.D., Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, betonte hingegen, dass die traditionellen Vorzüge einer auf Wettbewerb und Freihandel setzenden liberalen Marktwirtschaft nach wie vor gälten. Allerdings könne nur ein geeintes Europa für die notwendige Stärke bei internationalen Verhandlungen sorgen und faire Wettbewerbsbedingungen durchsetzen.



Den Bericht zur Tagung finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Foto: Dirk Hasskarl.



Dr. Dirk Förterer, Dr. Ursula Weidenfeld, Prof. Dr. Michael Heise, Gunther Krichbaum MdB, Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Dr. Franziska Brantner MdB, Peter Praet, Ph.D., Prof. Dr. Michael Eilfort (v. li.)

Kronberger Kreis: „Europa darf sich nicht abschotten“

Wissenschaftlicher Beirat der Stiftung in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung

Eine Woche vor der Europawahl 2019 äußerte sich der Kronberger Kreis am 19.05.2019 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung zur Lage der EU. Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft warnte davor, dass Staaten, die sich abschotten, ihre eigene Wirtschaft schwächen. Die Bürger der EU würden vielmehr davon profitieren, dass sie einem offenen Wirtschaftsraum angehörten, der seine Interessen und seinen Wohlstand im Wettbewerb behauptete. Statt die EU in eine Trutzburg zu verwandeln, sollte sie die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit ihrer Unternehmen stärken und Regeln für offene Gütermärkte und freien Marktzutritt international durchsetzen. Um die dazu notwendige



Verhandlungsmacht zu erlangen, sei es notwendig, dass die EU mit einer Stimme spreche. Ein geeintes Europa könne internationale Regeln mit deutlich stärkerer Verhandlungsmacht durchsetzen als seine 27 oder 28 Mitgliedstaaten getrennt voneinander.



Der Kronberger Kreis: Prof. Berthold U. Wigger, Prof. Clemens Fuest, Prof. Heike Schweitzer, Prof. Lars P. Feld, Prof. Justus Haucap und Prof. Volker Wieland (v.li.).

„Wir brauchen eine Renaissance der Wirtschaftspolitik“

Ralph Brinkhaus MdB zu Gast beim Jahrestreffen in Kronberg

In seiner Begrüßung zum Jahrestreffen 2019 der Stiftung Marktwirtschaft in Kronberg dankte der Stiftungsratsvorsitzende, Prof. Dr. Theo Siegert, den Gästen herzlich für ihr Interesse, ihren Rat und ihre Unterstützung. Diese Verbundenheit mache es möglich, dass sich die Stiftung gemeinsam mit ihrem wissenschaftlichen Beirat, dem Kronberger Kreis, seit ihrer Gründung im Jahr 1982 unverdrossen für Freiheit, Verantwortung und Wettbewerb einsetzen könne.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus MdB, hob zu Beginn seines Vortrags hervor, dass er an der Stiftung Marktwirtschaft nicht nur ihre wichtigen Projekte und „fröhliche Penetranz“ schätze – mit der sie sich wohltuend von vielen Anderen unterscheide, denen es gar nicht laut und extrem genug sein könne – sondern ganz besonders auch, dass sie sich zu Markt und Freiheit bekenne. Wenn es heutzutage um Soziale Marktwirtschaft gehe, werde leider zu wenig über den Markt und noch weniger über die Wirtschaft gesprochen. „Wir brauchen eine Renaissance der Wirtschaftspolitik“, konstatierte der CDU-Politiker.

Der Markt sei die urdemokratischste Wirtschaftsform, zeigte sich Brinkhaus überzeugt, da sich Angebot und Nachfrage selbst regulierten. Gesellschaften würden dann vorankommen, wenn sie abweichendes Verhalten nicht nur gestatten, sondern im Erfolgsfall auch belohnen. Indem der Markt schlechte Entscheidungen nicht belohne, stärke er die Eigenverantwortung. Damit die Menschen in so einem Fall nicht ins Bodenlose fielen, sei die soziale Komponente in der Marktwirtschaft wichtig, um für Ausgleich zu sorgen. Brinkhaus gab zu bedenken, dass dies jedoch immer auch eine Frage der Mittel und der Dosis sei: „Wir haben in den



Der Stiftungsratsvorsitzende Prof. Dr. Theo Siegert begrüßte die Gäste in Kronberg.



Gastredner Ralph Brinkhaus MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

letzten Jahrzehnten sehr viel im sozialen Bereich getan, weil wir in den Zusammenhalt der Gesellschaft investiert haben, aber da sind wir ein bisschen aus der Balance geraten und müssen in der Zukunft entsprechend umsteuern.“ Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sah in diesem Zusammenhang die dringende Notwendigkeit, den Sozialausgleich in unserer Marktwirtschaft um Nachhaltigkeitselemente zu ergänzen. Diese dürften sich jedoch nicht nur auf den Klimaschutz beschränken, sondern müssten auch die finanzielle Nachhaltigkeit im Sinne der Generationengerechtigkeit umfassen.

In den Mittelpunkt seiner Rede stellte Brinkhaus die Frage: „Was ist die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft?“. Politik müsse immer wieder ausbalancieren zwischen „der Staat muss sich um alles kümmern“ und „er sollte sich am besten raushalten“. Brinkhaus skizzierte fünf große Herausforderungen unserer Zeit, die sich in diesem Spannungsfeld bewegten: Erstens den zunehmenden internationalen Wettbewerb (besonders im Hinblick auf China), dem wir uns als wehrhafte Marktwirtschaft stellen sollten, was auch bedeutete, über eine Industriestrategie zu sprechen. Zweitens sei die Plattformökonomie eine größere Herausforderung für den Wirtschaftsstandort und den deutschen Mittelstand, als den meisten bewusst sei, und es wäre dringend notwendig, sich damit intensiver auseinanderzusetzen. Drittens sei es wichtig, dass Deutschland nicht nur Geld in Wissen investiere, sondern auch in der Lage sei, Geld aus Wissen zu ziehen. Laut Brinkhaus gehöre es zu den staatlichen Aufgaben, hier einen effektiveren Wissenstransfer zu ermöglichen und zu fördern. Viertens sei eine offene, freie und demokratische Gesellschaft eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen funktionierenden

Markt sowie für den Erfolg unseres Standorts, auch hinsichtlich des Wettbewerbs um die besten internationalen Forscher. Fünftens gab Brinkhaus zu bedenken, dass die Marktwirtschaft – ähnlich dem Grundgesetz – von Voraussetzungen lebe, die sie selbst nicht schaffen könne: „Wenn diese Gesellschaft nicht bereit ist, diese Marktwirtschaft – eine soziale, nachhaltige Marktwirtschaft – zu tragen, dann können wir so viele politische Forderungen aufstellen und Gesetze machen, wie wir wollen, und kommen trotzdem nicht weiter.“ Es müsse vielmehr Teil des Bildungsauftrages werden, ein größeres Verständnis des Marktes in der Gesellschaft zu befördern und den jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich mit Markt, Wirtschaft und Unternehmertum zu beschäftigen.

Brinkhaus schloss seine Ausführungen mit der Hoffnung, deutlich gemacht zu haben, dass es – neben zu hohen Steuern, Energiepreisen und zu viel Bürokratie – eine Reihe von weiteren Herausforderungen gebe, die gelöst werden müssten, um Deutschland erfolgreich in die Zukunft zu führen: „Das setzt jedoch voraus, dass Politik auch Orientierung gibt und führt. Hier gibt es noch Luft nach oben.“

Die anschließende Diskussion nutzten die Gäste zu einem lebhaften und erkenntnisreichen Austausch mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den anwesenden Mitgliedern des Kronberger Kreises.



Foto: Wächter.



Mehr zum Frühjahrestreffen in Kronberg finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de



Foto: Wächter.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld (Sprecher des Kronberger Kreis), Prof. Dr. Theo Siegert (Vorsitzender des Stiftungsrats), Ralph Brinkhaus MdB (Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (Vorstand der Stiftung), Franz-Peter Falke (Vorsitzender des Kuratoriums) und Prof. Dr. Michael Eilfort (Vorstand der Stiftung) (v.li.).

Lernen neu lernen? Bildung und Weiterbildung in Zeiten digitalen Wandels

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft am 18. Juni 2019 in Berlin



Bundesbildungsministerin Anja Karliczek MdB sprach über bildungspolitische Handlungsoptionen in Zeiten digitalen Wandels.

Ein besorgniserregendes Defizit der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland ist mangelnde Chancengerechtigkeit – gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen durch die Digitalisierung. Das hierfür zentrale Handlungsfeld der Bildung und Weiterbildung wird dennoch zu oft von anderen Prioritäten überlagert. Nur wenn es gelingt, auf der individuellen Ebene zum Ergreifen der sich neu ergebenden Chancen zu befähigen, zu ermutigen und niemanden zurückzulassen, kann der gesamtgesellschaftliche Wohlstand auch unter sich verändernden Vorzeichen gewahrt werden. Um Mittel und Wege zu diskutieren, mit denen das Bildungssystem diese Herausforderungen erfolgreich bewältigen kann, hat die Stiftung Marktwirtschaft am 18. Juni 2019 eine Fachtagung in Berlin veranstaltet.

In ihrer Eröffnungsrede hob die Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek MdB hervor, dass die Digitalisierung es erfordere, entlang der gesamten



Katja Suding MdB und Yasmin Fahimi MdB bei der Podiumsdiskussion (v.li.).

Bildungskette an relevanten Stellschrauben zu drehen – von der frühkindlichen Bildung, über die Schulen, die Erstausbildung und die Weiterbildung bis hin zu neuen Formen des Lernens nach dem Berufsleben. Die Ministerin veranschaulichte die Herangehensweise ihres Hauses in den jeweiligen Bereichen anhand konkreter Maßnahmen, wie beispielsweise dem Digitalpakt oder der Nationalen Weiterbildungsstrategie.



Dr. Ludger Schuknecht, Prof. Dr. Berthold U. Wigger, Prof. Dr. Ulrich Walwei, Margaret Heckel (Moderation), Anja Karliczek MdB, Yasmin Fahimi MdB, Prof. Dr. Michael Eilfort (v.li.).

In der sich anschließenden Diskussion bewertete Dr. Ludger Schuknecht die Position Deutschlands im europäischen Vergleich zwar als insgesamt gut, wies jedoch darauf hin, dass die bildungspolitischen Spitzenreiter eher in Asien zu finden sein. Prof. Dr. Ulrich Walwei skizzierte die möglichen Auswirkungen der Digitalisierung am Arbeitsmarkt und betonte die Rolle präventiver Ansätze in der beruflichen Weiterbildung. Angesichts der Vielfältigkeit der Veränderungen sprach sich Yasmin Fahimi MdB für ein neues Verständnis von Beruflichkeit und ein besseres Zusammenspiel von Erst- und Berufsausbildung aus. Eine stärkere Bündelung der zahlreichen Weiterbildungsangebote forderte Katja Suding MdB, um Zugang und Nutzung zu erleichtern. Angesichts der oftmals kaum vorhersagbaren Veränderungen stellte Prof. Dr. Berthold U. Wigger abschließend die Bedeutung von funktionierendem Wettbewerb für die Qualität des Bildungsangebots heraus und warb zugleich für eine stärkere Rolle des Bundes bei der Schaffung von vergleichbaren Standards.

web

Den Bericht zur Tagung finden Sie in Kürze auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de